

WIR WOLLEN EINE LÄNDERWENDE SCHAFFEN

Veröffentlicht am 18. November 2015

Tags: [Frank Sitta](#), [Freie Demokraten](#), [Länderwende](#), [Sachsen-Anhalt](#), [Sitta](#)

Am vergangenen Donnerstag fand eine helle Presseabend der FDP Sachsen-Anhalt in der Bundespartei in Berlin statt. Eigentlich ganz im Zeichen der Landtagswahlen im März 2016 stehen - überschattet wurde der Abend jedoch von den Terroranschlägen in Paris. Und so stand der Abend unter dem Motto "Umkehrpunkt". In einer Rede von FDP-Chef Christian Lindner kamen die Kandidaten zu Wort, die im Gespräch mit FDP-Gesprächsteamer erklärten, was sie vorhaben und wie sie die Länderwende wollen. Allen war gemeinsam: Die Zuversicht,

die [Länderwende](#)

Hans-Ulrich Reul und Frank Sitta. Deren Konterfei fand sich auf dem präsentierten Plakat, das im Wesentlichen den Slogan trägt: "Wir können auch Männer." Der Slogan ist eine Anspielung auf den Slogan "Unser Mann für Hamburg", den die FDP-Landeschefin Katja Suding getextet hatte - und mit dem sie im vergangenen Jahr einen furiosen Wahlkampf gestartet waren. Wie diese Geschichte bei den Gästen im Thomas-Dehler-Haus nur zu gut: Bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg das Land der FDP wieder in die Hamburger Bürgerschaft zu führen.

Der Anspruch der FDP-Spitzenkandidaten aus Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt ist genauso hoch. FDP-Landeschefin Beate Beer lobte: "Drei Persönlichkeiten, die mit sehr viel Leidenschaft und mit Herz und Verstand für ihre Bundesländer, für den Aufbau und den Mentalitätswechsel, die Selbstbestimmung in ihren Bundesländern kämpfen."

Baden-Württembergs FDP-Spitzenkandidat Hans-Ulrich Reul möchte einige erreichen: erstens einen Wechsel in Stuttgart, hin zu einer mehr mittelstandsfreundlicheren Politik. Zweitens für die Bürger mehr zu dokumentieren. Am Wichtigsten aber ist ihm, dass die FDP die Lösung aus: „Wir wollen nicht die eine Schule, sondern für jedes Kind die richtige Schule.“

Der FDP-Fraktionsvorsitzende im Landtag, Frank Sitta, spießte aber auch ein Detail aus der Wirtschaftspolitik auf, das Christian Lindner zuvor aufgeworfen hatte. Er hatte gefragt: Woher, wenn er von Stuttgart nach Heilbronn fährt. „Was ist das für ein Loch? Baden-Württemberg sei das wirtschaftlich erfolgreichste Land.“ „Wie erfolgreich könnte Baden-Württemberg erst sein, wenn wir eine Breitbandinfrastruktur und wie erfolgreich ist es, wenn wir nie mehr im Funkloch hängen?“

Sachsen-Anhalt-FDP-Fraktionsvorsitzende Frank Sitta wiederum treiben die „eigentlich guten Werte“ in wirtschaftlich erfolgreiches Sachsen-Anhalt um: „Ich möchte, dass der ein oder andere in der Landespolitik in Sachsen-Anhalt vorstellen kann, dass aus uns was wird, dass Sachsen-

Anhalt wird es auch deswegen, passend zum Motto des Abends, denke ich, was wir in den Wendeländern schaffen.“

Die Freien Demokraten haben ein Ziel gesetzt: „Wir wollen Mut vermitteln. Wir wollen es schaffen, dass ein Wechsel stattfindet.“ Er wolle ganz persönlich den Menschen helfen, die Lust haben weiter in Sachsen-Anhalt zu leben und die Lust zu machen.“

Im März 2016 können auch die Bürger in Rheinland-Pfalz eine neue Landesregierung wählen. Für die FDP ist Frank-Walter Steinmeier ins Rennen. Und er hat sich vorgenommen, nicht so wie die anderen Parteien in Rheinland-Pfalz in den letzten Jahren anzuprangern. „Wir wollen Optimismus und Zuversicht in dieses Land bringen. Wir sagen: Es geht!“

Die FDP vertraue in die Menschen und wolle ihnen helfen. „Wir sind fest davon überzeugt, dass dieses wunderschöne Bundesland, das hervorragenden Wein anbauen kann, sondern auch hervorragende Menschen hat, die mehr können, wenn man sie entsprechend unterstützt.“

Inhaltlich setzt auch die FDP in Rheinland-Pfalz auf Innovation und eine moderne Infrastruktur als Frage der Generationen. „Wir müssen uns mit der Frage beschäftigen, wo kommen wir her und von morgen her, wenn wir den Sozialstaat auch weiter aufrechterhalten wollen?“ Sich nur unter den Parteien darüber zu streiten, dass das Geld von heute am gerechtesten verteilt werden könne, das ist für die Generationen nicht gerecht. „Es ist eine Frage der politischen Verantwortung. Wir sagen ganz klar: Schluss mit dem Konsum der 70er Jahre. Wir brauchen Investitionen für junge Generationen.“